Difu

Befragung zum KfW?Kommunalpanel erschienen

[19.06.2026] Viele Stadtwerke stehen bei der Finanzierung der Energiewende vor einer Eigenkapitallücke, obwohl Kommunen ihre Infrastrukturinvestitionen deutlich erhöhen wollen. Das aktuelle KfW-Kommunalpanel zeigt, warum die Umsetzung von Wärmewende und Infrastrukturumbau trotzdem ins Stocken geraten könnte.

Kleinere und finanzschwache Stadtwerke benötigen zusätzliche finanzielle Spielräume, damit die Energiewende vor Ort nicht ausgebremst wird. Darauf weist das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im aktuellen KfW-Kommunalpanel 2026 hin.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Kommunen die anstehenden Transformationsaufgaben finanzieren können. Laut Difu stehen insbesondere Stadtwerke vor hohen Investitionen in den Umbau der Energie-Infrastruktur. „Der Blick auf die Stadtwerke ist wichtig, weil dort besonders umfangreiche Transformationsinvestitionen anstehen“, sagt Difu-Projektleiter Christian Raffer. Viele Kommunen hätten zuletzt zwar bewusst darauf verzichtet, Gewinne aus ihren Stadtwerken abzuschöpfen, um deren Investitionskraft zu stärken. Gerade kleinere, finanzschwache Unternehmen verfügten jedoch häufig über zu wenig Eigenkapital. „Die muss geschlossen werden, damit der Umbau der Infrastruktur nicht noch weiter ins Stocken gerät“, so Raffer.

Grundsätzlich zeigt die Analyse eine vergleichsweise hohe wirtschaftliche Stabilität der kommunalen Energieunternehmen. Dem Difu zufolge tragen sich 97 Prozent der Unternehmen selbst, 51 Prozent führten zuletzt sogar Überschüsse an die kommunalen Kernhaushalte ab. Damit unterscheiden sie sich deutlich von anderen kommunalen Beteiligungen. Im Kulturbereich mussten 61 Prozent der Kommunen Verluste ausgleichen, im Sportbereich 60 Prozent und im ÖPNV 52 Prozent.

Gleichzeitig planen die Kommunen, ihre Infrastrukturinvestitionen deutlich auszuweiten. Laut KfW-Kommunalpanel sollen die Sachinvestitionen 2026 auf rund 50 Milliarden Euro steigen. Für 2025 waren noch 44 Milliarden Euro vorgesehen. Das entspricht einem Zuwachs von 14,8 Prozent. Das Deutsche Institut für Urbanistik sieht darin auch einen möglichen Effekt der Erwartungen an das Sondervermögen des Bundes.

Aus Sicht der Energiewende ist allerdings entscheidend, ob die angekündigten Projekte tatsächlich umgesetzt werden können. Difu-Geschäftsführer Jochen Monstadt verweist darauf, dass neben der Finanzierung auch die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur im Fokus stehen müsse. Dazu gehörten insbesondere Klimaschutz, Klimaanpassung und die Wärmewende. Zugleich sei offen, in welchem Umfang diese Aufgaben von der nationalen Förderung profitieren werden.

Hinzu kommen strukturelle Hindernisse. Erfahrungsgemäß setzen Kommunen nur etwa zwei Drittel ihrer geplanten Investitionen um. Als Gründe gelten langwierige Genehmigungs- und Vergabeverfahren sowie Personalmangel in den Verwaltungen.

Der finanzielle Druck wächst zudem weiter. Der wahrgenommene Investitionsrückstand der Kommunen erreicht mit 231,2 Milliarden Euro einen neuen Höchststand. Vor diesem Hintergrund dürften leistungsfähige und ausreichend kapitalisierte Stadtwerke für die kommunale Energie- und Wärmewende

noch wichtiger werden.

(th)

Stichwörter: Finanzierung, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), KfW-Kommunalpanel